

Komitee «NEIN zum Bildungs-Schwindel»



NEIN zum Bildungs-Schwindel

- Nein zur Lehrpersonen
Ausbildungs-Initiative
- Nein zur teuren Insellösung
- Nein zum Ausbildungschaos



An die Medien

Medienmitteilung zur Medienkonferenz vom 4. Mai 2017

Bildungsinitiative führt das Baselbiet ins Abseits

Die Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» ist nicht zielführend. Sie stellt das Baselbiet bildungspolitisch über Jahre hinweg ins Abseits, wie Mitglieder des überparteilichen Komitees «NEIN zum Bildungs-Schwindel» am Donnerstag, 4. Mai 2017, im Regierungsgebäude vor den Medien deutlich machten. Dies unter anderem, weil der Kanton Basel-Landschaft nach einer Annahme die interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz kündigen müsste. Das Komitee, dem sämtliche Mitglieder der Baseltier Bildungs-, Kultur- und Sportkommission angehören, empfiehlt darum dringend ein Nein zur Initiative.

Heute können angehende Lehrpersonen zwischen einer «integrierten» und einer «konsekutiven» Ausbildung wählen. Integriert bedeutet, dass das ganze Studium an einer Pädagogischen Hochschule (PH) in der Deutschschweiz stattfindet (Umfang drei Fächer, Dauer mindestens neun Semester). Konsekutiv bedeutet, dass das Studium an der Uni (Bachelor) und die pädagogisch-didaktische Ausbildung anschliessend an der PH (Umfang insgesamt zwei Fächer, Dauer mindestens zehn Semester) besucht wird. Würde die Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» am 21. Mai an der Urne angenommen werden, dürften im Baselbiet Lehrpersonen nur noch unbefristet angestellt werden, wenn sie ein Fachstudium an der Universität oder der ETH durchlaufen haben. Wer hingegen seine Ausbildung wie bisher ausschliesslich an der PH absolviert hat, müsste in Zukunft eine Langzeitanstellung ausserhalb unseres Kantons suchen. Der Kanton Baselland würde zur bildungspolitischen Insel.

In ihren Ausführungen warnten die Landratsmitglieder Florence Brenzikofer (Grüne), Marianne Hollinger (FDP), Pascal Ryf (CVP) und Paul Wenger (SVP) und Christoph Hänggi (SP) vom überparteilichen Komitee «NEIN zum Bildungs-Schwindel» davor, dass die geltende Freizügigkeit für Lehrpersonen innerhalb der Schweiz einseitig beendet würde. Der Kanton Baselland isoliere

sich so auf dem gesamtschweizerischen Arbeitsmarkt für Lehrpersonen. Der Mangel an Lehrpersonen würde sich schlagartig und massiv verschärfen, hiess es.

Das Komitee **«NEIN zum Bildungs-Schwindel»**, dem sämtliche Mitglieder der Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) angehören, warnte überdies vor einer Zweiklassengesellschaft unter den Lehrpersonen, nämlich zwischen jenen, die unbefristet angestellt werden dürfen, und jenen, die nur einen befristeten Vertrag erhalten. Auch würde die Anstellungspolitik erschwert, und hervorragende Pädagogen dürften nicht mehr langfristig an die Schule gebunden werden, weil sie die Ausbildung an der PH absolviert haben. Damit wäre es vorbei mit der Flexibilität bei der Anstellung von Lehrpersonen.

Als problematisch bezeichnet wurde auch die Tatsache, dass die mit der Initiative vorgeschlagene Ausbildungsänderung für die Sekundarlehrpersonen aller drei Niveaus (P, E und A) gelten würde. Da aber in der Sekundarschule leistungsdifferenziert unterrichtet werde, sei der unterschiedliche Ausbildungsweg sinnvoll. Die Wahlmöglichkeit biete den angehenden Lehrpersonen einen Vorteil.

Eine deutliche Schwächung bringt die Initiative laut den Bildungspolitikern auch für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) mit sich, die im März 2017 die Aufrichte ihres Campus in Muttenz gefeiert hat. Diesen Neubau hat der Kanton Baselland unter Berücksichtigung entsprechender Wachstumsprognosen erstellt. Mit der Annahme der Initiative würde die vierkantonale FHNW geschwächt, weil die Abschlüsse dieser PH in einem ihrer Trägerkantone, nämlich im Kanton Baselland, nicht mehr anerkannt würden. Absolut sinnfrei sei es, dass die FHNW entsprechend zwei verschiedene Studiengänge anbieten müsse: einen für Absolventinnen und Absolventen aus dem Baselbiet und einen für jene aus der übrigen Nordwestschweiz.

Das Komitee **«NEIN zum Bildungs-Schwindel»** erinnerte vor den Medien daran, dass das Volksbegehren im Baselbieter Parlament abgeschmettert worden ist, indem kein einziges Landratsmitglied mit Ja, 75 dagegen mit Nein gestimmt haben. Diese Empfehlung geben auch die Mitglieder der BKSK ab und treten dafür ein, am 21. Mai ein klares Nein in die Urne zu legen.

Kontakte:

Florence Brenzikofer 079 797 48 69

Marianne Hollinger 061 756 77 02

Pascal Ryf 079 686 70 17

Paul Wenger 079 456 59 11